

Defizite im Doppelhaushalt

- Von Jürgen W. Niehoff

Wetteraukreis (jwn). Fast ein Jahr lang hat Kreiskämmerer Matthias Walther (CDU) am neuen Doppelhaushalt 2022/2023 gearbeitet. Er hat hin und her gerechnet - doch am Ende blieb es bei Fehlbeträgen für beide Jahre.

»Corona ist schuld. Denn die Einnahmen haben zwar das Niveau von 2020, also der Zeit vor der Pandemie, erreicht, doch die Ausgaben sind in dieser Zeit um fast 50 Millionen Euro gewachsen«, stellte Walther (CDU) zu Beginn seiner Haushaltsrede während der Sitzung des Kreistags am Mittwoch in Altenstadt fest.

Deshalb rechnet er bei einem Gesamtvolumen in Höhe von rund 470 Millionen Euro für 2022 und 480 Millionen Euro für 2023 mit Jahresdefiziten im ordentlichen Ergebnis in Höhe von 13,2 Millionen Euro beziehungsweise 6,8 Millionen Euro. Die Kommunen tragen dazu bei, dass das Defizit in den einzelnen Jahren nicht höher ausfällt.

Kreis- und Schulumlage steigt

Denn sowohl die Kreisumlage als auch die Schulumlage werden in den beiden kommenden Jahren erhöht. Die Kreisumlage um 0,9 Prozent im Jahr 2022 und um 0,6 Prozent im Jahr 2023. Die Schulumlage sinkt zwar in diesem Jahr um 0,21 Prozent, wird aber 2023 um 1,24 Prozent angehoben.

Obwohl das den 25 Städten und Gemeinden des Wetteraukreises Kopfzerbrechen bereiten wird, verwies Walther auf die Zahlen der Vorjahre: »2019 lag die Kreisumlage beispielsweise bei 35,26 Prozent und 2020 bei 33,26 Prozent. Jetzt werden wir dieses Jahr voraussichtlich bei 30,5 Prozent und im kommenden Jahr bei 31,1 Prozent liegen.« Dafür könne der Kreis die aktuellen und geplanten Maßnahmen, insbesondere beim Schulbau und bei der Verkehrsinfrastruktur, fortsetzen. Für Investitionen hat Walther inklusive aller Fördergelder von Bund und Land 77 Millionen Euro für 2022 und 79 Millionen Euro für 2023 vorgesehen. Als Beispiele führte er die Großprojekte Degerfeldschule in Butzbach, Josef-Moufang-Grundschule in Ober-Schmitten, Berufliche Schulen in Bad Nauheim, Pestalozzischule in Karben, Stadtschule in Bad Vilbel und Geschwister-Scholl-Schule in Niddatal an. Dabei geht es vorrangig um den Ausbau des Ganztagsangebotes, die Digitalisierung und die Modernisierung unter Klimaschutzaspekten. Dazukommen nach seinen Angaben grundlegende Fahrbahnerneuerungen an mehreren Kreisstraßen. Auch die Reaktivierung der Horlofftalbahn werde weiter intensiv verfolgt.

Sorgen bereiten dem Kreiskämmerer vor allem die weiter steigenden Ausgaben im Sozialbereich. Dort rechnet Walther mit einem Minus von mehr als 140 Millionen Euro allein für das Jahr 2023. Der rund 750 Seiten umfassende Haushaltsentwurf wird in den kommenden Wochen in den Ausschüssen beraten. Der Kreistag soll ihn dann im April verabschieden.

Flüchtlinge sollen nicht in Hallen

Um den Haushalt 2022 ging es auch bei der Diskussion über die Zulassung eines Dringlichkeitsantrags von Landrat Jan Weckler (CDU) zur Flüchtlingsunterbringung. Weil für dieses Jahr noch kein genehmigter Haushalt vorliegt, legte Weckler dem Kreistag den Antrag vor, für den Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung bis zu fünf Millionen Euro für Investitionen in Grundstücke, Gebäude,

Container, Ausstattungen und die damit zusammenhängenden Nebenkosten ausgeben zu dürfen. Der Wetteraukreis sei rechtlich verpflichtet, die ihm durch das Land zugewiesenen Flüchtlinge aufzunehmen.

Da die Zahl der Flüchtlinge deutlich gestiegen sei, müsse der Kreis nun schnell reagieren. Und da er die erneute Belegung von Sporthallen und Bürgerhäusern vermeiden wolle, die Kommunen aber kaum noch zusätzliche Unterbringungsmöglichkeiten hätten, könne man nicht bis zur Haushaltsgenehmigung warten.

FDP-Sprecher Jörg-Uwe Hahn betonte, das sei ein Scheinargument. »Der Haushalt 2022 kommt viel zu spät. Diese Ausgaben gehören in den Haushalt und nicht in einen Dringlichkeitsantrag«, sagte er.

Kreiskämmerer Walter erwiderte, dass es sich zum einen um einen Doppelhaushalt handle, für den mehr Zeit benötigt worden sei, und dass zum anderen die Zahl der Flüchtlinge erst seit November so stark gestiegen sei. Deshalb seien die Sondermittel notwendig. Das sah schließlich auch die Mehrheit des Kreistags so: Bei nur sieben Gegenstimmen wurde dem Antrag des Landrats stattgegeben.

SPD: Kleine Einheiten sinnvoller

Die SPD-Fraktion betonte nach der Sitzung in einer Pressemitteilung, dass der Kreis die Flüchtlinge menschenwürdig unterbringen sowie die Betreuung und Unterkunft weiter selbst organisieren werde. Das bedeute eine erhebliche Entlastung für die Kommunen. »Nicht nur, aber auch wegen Corona sind kleinere Einheiten sinnvoller als große Hallen. Das macht zwar mehr Arbeit, ist aber für die Integration sinnvoll. Mit der Zustimmung schaffen wir wichtige Voraussetzungen für eine menschenwürdige Integration der Menschen sowie für eine Aufrechterhaltung des Vereinslebens in den Hallen der Kommunen«, sagte der sozialpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Reimund Becker.

Dieser Artikel stammt aus der [Wetterauer Zeitung](#).

<https://www.fnp.de/lokales/wetteraukreis/friedberg/defizite-im-doppelhaushalt-91341005.html>